

Rede zum Haushalt 2021 Frank Pasemann  
AfD Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Beigeordnete,  
sehr geehrte Stadträte, liebe interessierte Bürger  
die sich die Debatte doch vielleicht heute  
anschauen.

Nun ist er also eingetreten, der haushaltspolitische  
Ernstfall.

Ein Konsolidierungshaushalt schwebt als  
Damoklesschwert über dieser Sitzung und ich  
möchte versuchen zu untersuchen, wie konnte es  
dazu kommen?

Vorweg vielleicht noch die Bemerkung:“ was  
können wir als Stadträte in 2,5 Stunden  
Haushaltsdiskussion ernsthaft ausrichten? Ich  
finde es fragwürdig, ob eine Haushaltsdiskussion  
für eine Stadt wie Magdeburg mit 2,5 Stunden  
wirklich zu bewältigen ist und würde doch dazu  
auffordern,  
das wir dann demnächst wirklich uns mehr Zeit  
dafür nehmen!“

Vordergründig könnte man die prekäre  
Haushaltslage unserer Stadt mit den finanziellen  
Auswirkungen der „Corona-Krise“ begründen.

Doch dies scheint mir nur ein Teil der Wahrheit zu sein. Die Ursachen für die zunehmende Verschuldung unserer Stadt sind vielschichtiger und liegen-zumindest teilweise- weiter in der Vergangenheit.

Am 4. Oktober 2018 verkündete unser Oberbürgermeister Trümper im Rahmen der Pressekonferenz zum Haushaltsentwurf 2019- Ich zitiere: „Wir planen Kreditaufnahmen in Höhe von 49 Millionen Euro, die Nettoneuverschuldung beträgt knapp 29 Millionen Euro.“ - Zitat Ende--

Zum Thema“ Flüchtlinge“- also konkret zur Alimentierung illegaler Zuwanderer auf Kosten der Steuerzahler, sagte der Oberbürgermeister-Ich zitiere: „Die Aufnahme und insbesondere die Integration bleibt eine Herausforderung für die nächsten Jahre, die sich entsprechend auf den Haushalt auswirkt“ Und weiter:“ Dieser Herausforderung stellt sich die Landeshauptstadt, denn die‘ Kosten‘ können eine Investition in die Zukunft Magdeburgs sein.“ -Zitat Ende-

Von Flüchtlingen sind wir dann irgendwann zu Migranten gekommen, es sind Versorgungsmigranten und das als „Investition“ in die Zukunft Magdeburg zu bezeichnen, Herr Oberbürgermeister, das müssen Sie glaube ich, langsam selbst aufgeben!

Migration in ein anderes Land ist und bleibt eine Bringe -Schuld!

Machen wir einen Sprung in das Jahr 2019. Wir schreiben den 1. Oktober. Auf einer Pressekonferenz stellt Oberbürgermeister Trümper den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2020 vor.

Auf der Netzseite der Stadt findet sich dazu folgende Textstelle-ich zitiere:“ Die geplante Kreditneuaufnahme liegt bei 48 Millionen Euro. Die Nettoneuverschuldung beträgt 28 Millionen Euro.“ Und weiter: „Die Kosten für die Aufnahme von Asylbewerbern und insbesondere für die Integration bleiben 2020 eine finanzielle Herausforderung.“ Zitat Ende.  
Wie wahr, wie wahr.

Im Rahmen der Sondersitzung des Finanzausschusses zur Haushaltsplanung im November sprach Bürgermeister Zimmermann von einer Verschuldung der Stadt in Höhe von 514 Millionen Euro für das Jahr 2020. Im Jahre 2021 sollte die Verschuldung auf 516 Millionen Euro ansteigen.

Bereits damals war also klar, dass die Verschuldungsgrenze von 510 Millionen Euro in

den Folgejahren auf jeden Fall überschritten werden würde.

In der Haushaltsrede meines geschätzten Stellvertreters Stadtrat Moldenhauer im Dezember 2019 hat er die Schuldsituation der Stadt bereits wie folgt kommentiert:

„Das kann nicht im Sinne der Generationengerechtigkeit sein!

Wir werden uns in den kommenden Jahren auf unsere Kernaufgaben konzentrieren müssen.

Wir werden die uns zur Verfügung stehenden Finanzmittel zum Wohle der einheimischen Bevölkerung einsetzen müssen.

Und wir werden die Ausgaben für illegale Zuwanderer drastisch reduzieren müssen.“

Das hatte damals Bestand und das hat auch heute Bestand.

Damals nahmen wir auch Bezug auf die sich abzeichnende“ konjunkturelle Abschwächung“ und die damit verbundenen haushaltspolitischen Implikationen für die kommenden Jahre.

Wir halten fest: Schon vor Beginn der „Corona-Krise“ war es um die finanzielle Lage der Stadt nicht zum Besten bestellt. Und natürlich besteht hier ein Kausalzusammenhang mit den direkten und indirekten Folgekosten der Völkerwanderung-

mit Hauptziel Deutschland- insbesondere in den Jahren 2015 bis 2017.

Machen wir einen Sprung in die Gegenwart. Die Folgekosten der „Corona-Krise“ werden für die Stadt in den kommenden Jahren bereits jetzt auf 120 Millionen Euro beziffert.

Unsere Prognose, ganz klar, dabei wird es nicht bleiben.

Bereits im September dieses Jahres hat der Stadtrat einen Nachtragshaushalt beschlossen. In der damaligen Sitzung sagte der Finanzbeigeordnete Zimmermann-ich zitiere- “ Den Begriff Nachtragshaushalt mussten wir lange nicht mehr benutzen. Aber um alle Aufgaben abzusichern, benötigen wir weitere 87 Millionen Euro Liquiditätskredit.“ –Zitat Ende-

Über die Einbringung des Nachtragshaushaltes berichtete die Volksstimme-ich zitiere-: „Die AfD Fraktion enthielt sich bei der Abstimmung, da ihr eine Aufstellung von finanziellen Einsparpotenzialen der Stadt fehlt, wie Dr. Jan Moldenhauer zu Beginn der Diskussion bemängelte. Das sieht Oberbürgermeister Lutz Trümper (SPD) völlig anders: „Es ist jetzt nicht die Zeit des Sparens „-Zitat Ende-

Das haben Sie selbst Herr Oberbürgermeister damals im September so gesagt.

Mitte November hatte sie die Realität dann bereits eingeholt. Damals berichtet die Volkstimme von 'Magdeburgs Absturz in die roten Zahlen' und von 'Zeiten der wieder aufgezwungenen Konsolidierung'.

An dieser Stelle erlaube ich mir den Hinweis auf einen Antrag, den meine Fraktion in der Stadtratssitzung im Mai 2019 eingebracht hat. Der Antragstitel lautet 'Neubewertung des Haushaltsplanes 2020'. Darin forderten wir unter anderem eine 'Liste mit konkreten Einsparpotenzialen' bei den Aufwendungen der Stadt.

Wir baten damals aufgrund der Dringlichkeit der Situation um sofortige Abstimmung. Außer meiner Fraktion haben alle anwesenden Stadträte und der Oberbürgermeister gegen diesen Antrag gestimmt. Damals wollten Sie nicht sparen, nun müssen Sie sparen.

Versuchen Sie uns also nicht glauben zu machen, die Stadt sei völlig unerwartete in die aktuelle prekäre Haushaltslage geraten. Das war kein Naturereignis.

Seit dem Jahr 2018 sind wir mit der jährlichen Nettoneuverschuldung konfrontiert. Wir leben über unsere Verhältnisse. Wir leben auf Kosten

künftiger Generationen. Ein 'weiter so' kann und wird es nicht geben.

Die prekäre Haushaltslage mag auch ein Resultat der katastrophalen Corona-Politik der Altparteien in Bund, Land und Kommunen sein. Sie ist aber auch das Resultat einer katastrophalen Zuwanderungspolitik der Altparteien in Bund, Land und Kommunen seit dem Jahr 2015.

Wir haben uns im Vorfeld der Haushaltsdiskussionen die Mühe gemacht, die klar zuordnungsbaeren Kostenstellen für die sogenannte Integration- Migration aufzulisten.

Ich wollte mir eigentlich die Freude gönnen und die 2 Seiten einzelner Kostenstellen vorzutragen, ich werde mir das aber ersparen.

Ich kann Ihnen aber verraten, dass nur die Aufstellung wohl längst nicht alle Kosten, die die Migration betreffen aufgelistet sind, ca alleine 8,4 Millionen Euro ausmacht. Dabei ist es völlig unerheblich für uns und dieser Einwand mag jetzt kommen, ob diese Ausgaben von der Stadt, vom Land oder vom Bund finanziert werden. Es ist schließlich immer die Benutzung deutscher Steuergelder!

Hinzu kommt ein Blick in den Stellenplan der Stadt, der ist ebenfalls aufschlussreich.

Insgesamt geht es hier um 55 Stellen, die größtenteils nach unserer Meinung abgebaut werden können, wenn die illegalen Zuwanderer zeitnah in jene sicheren Drittstaaten, aus denen sie einreisten oder in ihre Heimatländer abgeschoben werden würden. Die bereits Ausreisepflichtigen sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Hier könnten Personalkosten in Millionenhöhe eingespart werden oder durch Umsetzungen an wirklich notwendige Verwaltungsstellen nützlich sein.

Von den indirekten Asylkosten habe ich noch gar nicht gesprochen. Beispielhaft seien hier nur die Millionenkosten für den Neubau von Kitas und Schulen genannt.

Während also in unserer Stadt Rentner in Mülltonnen herumstochern, werden für die zumeist jungen männlichen Neubürger Steuergelder in Millionenhöhe ausgegeben.

Es wurde von uns bereits bei den Haushaltsverhandlungen im letzten Jahr gesagt, und ich werde es an dieser Stelle noch einmal wiederholen: „Die AfD Fraktion proklamiert den Kampf gegen diese soziale Ungerechtigkeit!“

Wir wollen die soziale Frage des 21.ten Jahrhunderts zugunsten der einheimischen, in dem Falle der Magdeburger Bevölkerung, entscheiden.

Wir halten weiterhin an unsere Forderung nach Ausrufung des 'Zuwanderungsnotstands' fest.

Und wir sind stolz darauf, dass wir als AfD – Fraktion vor einigen Monaten mit unseren Stimmen die Aufnahme von weiteren 85 illegalen Zuwanderern in Magdeburg verhindert haben. Abschließend kann ich Ihnen sagen, dass was wir heute erlebt haben ist eine Voraussicht, auf das was uns im nächsten und übernächsten Jahr erwarten wird.

Der Kapitän geht im Krisenjahr 2020 / 2021 von Bord, alleine das ist schon bedenklich, muss ich sagen. Obwohl ich auch den persönlichen Ausführungen des Oberbürgermeisters in großen Teilen folgen konnte. Ich wünsche ihm jetzt schon alles Gute für seinen Ruhestand.

Die AfD Fraktion wird diesen Haushaltsentwurf ablehnen und wir gehen davon aus, dass wir uns demnächst dann auch zu weiteren Diskussionen über Nachtragshaushalte wiedersehen werden!  
Vielen Dank

